BESCHLUSS

Zukunft GRÜN gestalten

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

Außerordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
26. - 27. Januar 2018, Hannover

Gremium:	Bundesdelegiertenkonferenz
Beschlussdatum:	26.01.2018
Tagesordnungspunkt:	A Aktuelle Debatte: Zukunft ist, was wir draus machen

Die Erfahrung der letzten Wochen zeigt, wie wichtig eine engagierte, kontinuierliche und beharrliche grüne Politik ist. Durch den Wahlkampf und die anschließenden Jamaika-Sondierungsgespräche ist es uns gelungen, Klimaschutz und einer ökologisch-sozialen Politik einen hohen Stellenwert zu geben. Doch die sich abzeichnende Große Koalition versagt beim Klimaschutz. Jetzt ist es unsere Aufgabe, der Großen Koalition eine progressive grüne Politik entgegen zu stellen und unseren Themen mit Visionen und Konzepten Einfluss und Geltung zu verschaffen.

Schon mit bündnisgrüner Regierungsbeteiligung wäre es sehr schwierig geworden, die deutschen Klimaziele zu erreichen. Ohne uns sind sie faktisch verloren. Denn alle anderen politischen Kräfte scheuen konkrete Vorschläge wie einen schnellen Kohleausstieg, eine emissionsfreie Mobilität oder klimaneutrale Städte. Und auch in vielen anderen Bereichen gilt: Grün macht den Unterschied. Wenn es um eine starke weltoffene Gesellschaft geht, in der wir Integration fördern, Einwanderung als Chance verstehen und die sich durch eine humane und rechtsstaatliche Flüchtlingspolitik auszeichnet. Wie wir eine menschenrechtsbasierte Außenpolitik verwirklichen können, die die Globalisierung gerecht gestaltet, Fluchtursachen bekämpft und auf eine faire Handelspolitik setzt. Bei der Aufgabe, den Zusammenhalt eines starken und vereinten Europas zu sichern. Dabei, wie eine gerechte Verteilung zwischen starken und schwachen Schultern aussieht, wie die skandalöse Kinderarmut in unserem vermögenden Land beendet und gerechte Bildungschancen für alle Kinder – egal aus welchem Elternhaus – erreicht werden können. Dabei, die Folgen der Digitalisierung ökologisch, sozial und demokratisch zu gestalten, indem wir Freiheitsrechte stärken und uns für Arbeitnehmer*innen einsetzen. Und nicht zuletzt dabei, wie wir die sozialen Sicherungssysteme fit für die Zukunft machen, die Zweiklassenmedizin abschaffen, Altersarmut beenden und zu gleichen Rechten und Möglichkeiten für Alle kommen – überall sind unsere Antworten gefordert wie nie.

Und auch das haben die Sondierungen gezeigt: Es kann keine Rede davon sein, dass alle Parteien mehr oder weniger gleich sind. Die Unterschiede zwischen den Parteien in wichtigen Feldern sind teilweise tiefgreifend. Es ist ein großer Gewinn für unsere Demokratie, wenn diese Unterschiede zum Ausdruck kommen. Es gibt wahrhaft keinen Grund für Verdruss an der Demokratie. Meinungsstreit und Wertekonkurrenz sind so lebendig wie selten. Unser Anspruch ist es, langfristige Visionen und konkretes Handeln zusammenzubringen, um unsere Zukunft zu gestalten. Wir wollen Verantwortung für gesellschaftlichen Fortschritt übernehmen. Dafür ist unser Maßstab im Handeln: Wie können wir das Leben der Menschen heute und in Zukunft konkret verbessern und unsere Lebensgrundlagen schützen? Als progressive Kraft der linken Mitte haben wir den Anspruch, die Debatten in diesem Land, in Europa und weltweit in diesem Sinne voranzutreiben. Wir wollen den Menschen in Zeiten der Verunsicherung Orientierung bieten, mögliche Weichenstellungen aufzeigen. Wir setzen auf ein starkes Gemeinwesen als Rahmen, in

dem sich Einzelinteressen entfalten. Wir schützen unseren Planeten. Wir schauen nicht nur auf Deutschland, sondern haben Europa und die ganze Welt im Blick.

Es muss auch und gerade unsere Aufgabe sein, Orientierung und Halt zu geben, um dem Erstarken der antidemokratischen Kräfte und autoritären Tendenzen entgegenzuwirken. Indem wir daran arbeiten, dass unsere Gesellschaft durch Solidarität und Zusammenhalt gewinnt, statt dass sie durch Ausgrenzung und gnadenlosen Wettbewerb verliert. Durch eine Vielfalt an spannenden politischen Alternativen. Und nicht zuletzt durch ein starkes grünes Angebot. Wie auch immer sich der politische Prozess in diesem Land weitergestalten wird, wir stehen bereit, ihm einen starken grünen Stempel aufzudrücken. Egal ob aus der Opposition, in Regierungsverantwortung, bei einer Minderheitsregierung oder auch, falls es zu Neuwahlen kommen sollte: Wir werden entschieden für unsere Inhalte eintreten. Wir Grünen werden in den Ländern und Kommunen, im Bund und in Europa für die grüne Sache kämpfen – mit unseren Mitgliedern, mit unseren Abgeordneten und Regierungsmitgliedern, mit Unterstützer*innen in allen gesellschaftlichen Bereichen.

Wir bleiben eine Partei in Bewegung. Wir werden weiterhin den engen Schulterschluss mit unseren Bündnispartner*innen suchen und noch intensivieren. Die sich abzeichnenden ökologischen Katastrophen im Klimabereich oder beim Artensterben, aber auch die Umsetzung einer humanitären Flüchtlingspolitik und die Verringerung der sozialen Spaltung in diesem Land brauchen Druck im Parlament und durch die Zivilgesellschaft. Für unsere Positionen werben wir auf der Straße und im Netz gemeinsam mit vielen anderen, die für die gleichen Ziele streiten. Wir setzen auf Bündnisse mit den Umweltverbänden, mit den vielen - oft ehrenamtlichen - Flüchtlingshelfer*innen, mit den fortschrittlichen Gewerkschaften und Unternehmen, die erkannt haben, dass eine Wirtschaft auf Kosten der Umwelt keine Zukunft hat, mit Menschen, die sich für eine gerechte Welt einsetzen, die Menschenrechte, Gleichberechtigung und Rechtsstaatlichkeit hoch halten, die Nazis und Rassist*innen die rote Karte zeigen, die sich für gleiche Rechte von allen Menschen, egal welchen Geschlechts, einsetzen und sich für die körperliche und sexuelle Selbstbestimmung von Frauen stark machen. Darüber hinaus sind wir als Partei Ansprechpartnerin für alle, die gemeinsam mit uns die ökologisch-soziale Modernisierung vorantreiben und unser Land innovativer und kreativer machen wollen. Wir haben in den letzten beiden Jahren einen deutlichen Mitgliederzuwachs verzeichnet und sind so viele Grüne wie noch nie. Gemeinsam können wir der Politikverdrossenheit entgegenwirken und so noch mehr Menschen für Grün begeistern.

Auch wenn die Bundesregierung noch nicht gebildet ist, dreht sich die Welt weiter. Im Bundestag stehen wichtige Entscheidungen an. Im März 2018 läuft endlich die Aussetzung des Familiennachzugs für subsidiär Geschützte aus. Diese Aussetzung des Familiennachzugs widerspricht nicht nur dem Schutz der Familie im Grundgesetz und humanitären Grundwerten, sondern sie steht einer gelingenden Integration im Wege. Eine Trennung von Müttern, Vätern und ihren Kindern über den März 2018 hinaus wird von uns Grünen keine Zustimmung erhalten. Wir werden mit einem breiten gesellschaftlichen Bündnis die gesellschaftliche Mehrheit für den Familiennachzug in eine politische Mehrheit übersetzen und die Regelung auslaufen lassen. Wir streiten für eine menschenrechtsorientierte Flüchtlingspolitik, Rechtsstaatlichkeit und das uneingeschränkte Grundrecht auf Asyl, also ohne eine Obergrenze und ohne Asylrechtsverschärfungen. Unseren Ansatz einer humanen Asylpolitik wollen wir mit einer progressiven Einwanderungspolitik ergänzen, die nicht nur Hochqualifizierten offen

steht, sondern auch Geflüchteten oder geringer qualifizierten Menschen Chancen für langfristige oder temporäre Arbeits- und Bildungsmigration bieten.

Nach dem unverantwortlichen Alleingang von CSU-Landwirtschaftsminister Schmidt in Brüssel geht es uns jetzt darum, in den Bundesländern und Kommunen aktiv zu werden und die Nutzung vom Glyphosat und anderen gesundheits- und umweltschädlichen Pestiziden zu unterbinden. Auch wenn nationales Handeln nur der zweitbeste Weg ist, müssen wir jetzt in Deutschland den Glyphosatausstieg einleiten, so wie es andere europäische Länder bereits angekündigt haben. Wir brauchen Anwendungsverbote von Glyphosat beispielsweise auf öffentlichen Grünanlagen auf Spielplätzen und Bahnflächen. Doch das Hauptproblem ist der massive Glyphosateinsatz auf den Äckern. Unser Ziel ist den Glyphosateinsatz deutlich zu reduzieren und nach einer Übergangszeit mit den Landwirt*innen ganz auf umweltfreundliche Alternativen umzusteigen. Für uns zählt jeder Acker, jede Kommune, jeder Grünstreifen in jedem Bundesland: Wir werden gegen Gift kämpfen, damit Verbraucher*innen pestizidfreie Lebensmittel auf dem Teller haben und dem Artensterben Einhalt geboten werden kann.

Kommende Aufgaben

Wahlergebnis weiter auswerten

Wir haben damit begonnen, unser grünes Wahlergebnis mit vielen Aktiven auszuwerten. Das werden wir fortsetzen und daraus für kommende Wahlen Konsequenzen ziehen. Dabei reflektieren wir, warum wir als Grüne trotz eines engagierten Wahlkampfes unsere Ziele nicht erreichen konnten. Die Erfahrungen aus dem Programmprozess zur Bundestagswahl werden wir bei der Erarbeitung des Europawahl- und des Grundsatzprogrammes berücksichtigen. Die Einbindung von Fachgremien und -politiker*innen in die Programmprozesse wollen wir weiter verbessern. Die Urwahl der Spitzenkandidat*innen wollen wir technisch fortentwickeln und einen Vorschlag entwickeln, wie auch bei einer Urwahl mit mehreren Kandidat*innen die Wahlentscheidung mit mehr als der Hälfte der abgegebenen Stimmen erfolgen kann.

Bündnisgrün in den Ländern stärken

In den kommenden Jahren stehen wichtige Wahlen an. 2018 werden die Landtage in Bayern und Hessen gewählt. Unsere Freund*innen in den wahlkämpfenden Landesverbänden werden wir als Gesamtpartei mit aller Kraft unterstützen. Denn es geht um viel. In Bayern wollen wir einen kraftvollen, eigenen Gestaltungsanspruch erheben. Unser Ziel ist es, erstmals in Bayern ein gutes, zweistelliges Ergebnis zu erreichen und unsere grünen Ideen in Regierungsverantwortung umzusetzen. Wir werden die CSU deutlich in ihre Schranken weisen und sie inhaltlich stellen - in der Integrationspolitik, beim maßlosen Flächenverbrauch und der damit einhergehenden Zerstörung der Natur und zeigen, wie es besser geht. Die CSU ist nicht Bayern. Unser grünes Bayern ist Heimat, die nicht ausgrenzt, zu der alle dazu gehören und

gebraucht werden. Die Menschen in Bayern haben die ewige Quertreiberei der CSU in der Bundespolitik satt. In Hessen wollen wir als eine starke eigenständige Gestaltungskraft in die Wahlauseinandersetzung gehen. Mit einem starken Ergebnis haben wir die Chance, Teil einer Landesregierung zu bleiben. Wir haben die Richtung der Politik in Hessen geändert und wir sind noch nicht am Ziel. Unser Motto lautet: „Grün wirkt weiter - #Hessen 2025“. Hessen soll weiter grüner und gerechter werden und weltoffen bleiben.

Bündnisgrüne als gesamtdeutsche Partei

2019 stehen die Landtagswahlen von Sachsen, Brandenburg und Thüringen an, dazu kommen Kommunalwahlen im Frühjahr 2019 in allen fünf ostdeutschen Bundesländern. Viele Menschen vertrauen auf uns Bündnisgrüne in den Parlamenten, als Verbündete für ihre Anliegen und darauf, gemeinsam für eine ökologische, soziale und demokratische Gesellschaft einzutreten. 2019 werden wir alles geben, damit wir auch weiterhin erfolgreich aus den ostdeutschen Kommunalparlamenten und den Landtagen von Sachsen, Brandenburg und Thüringen heraus die progressive Zivilgesellschaft stützen können, und wir wollen unseren Charakter als gesamtdeutsche Partei verteidigen. Daher begreifen wir die Unterstützung der ostdeutschen Landesverbände als zentrale Aufgabe der Partei. Gemeinsam mit den Landesverbänden werden wir frühzeitig diese Wahlen auf Grundlage der Analyse der ostdeutschen Bundestagswahlergebnisse vorbereiten. Das bedeutet vor allem auch, die bündnisgrünen Strukturen in diesen Bundesländern personell wie organisatorisch zu stärken, damit wir bei den anstehenden Wahlen und darüber hinaus zulegen und uns entschieden für die bündnisgrüne Sache einsetzen können.

Europawahl vorbereiten

Wir bereiten uns intensiv auf die Europawahl im Frühjahr 2019 vor. Diese Wahl wird entscheidend sein, wie sich die EU in den kommenden Jahren entwickeln wird. Wir Grüne bekennen uns klar zur Europäischen Union und wollen die europäische Idee stärken und demokratisch fortentwickeln. Dazu gehört für uns die Diskussion über die Vorschläge von Frankreichs Präsident Macron. Wir wollen nicht zulassen, dass der Brexit die verbliebenen Mitglieder der EU auseinandertreibt. Wir schlagen ein sozial-ökologisches Modernisierungsprojekt für Europa vor, weg von Austerität hin zu mehr Investitionen und Reformen. Wir stehen für eine starke EU, die auch in Zeiten von Globalisierung und Digitalisierung soziale und ökologische Rechte setzen kann. Wir stellen uns Rechtspopulist*innen, völkischen Nationalist*innen und Europafeind*innen entgegen. Diesen bieten wir die Stirn und setzen auf eine bessere EU, die Umwelt- und Klimaschutz, den Abbau sozialer Ungleichheit, Demokratie und Rechtstaatlichkeit, Freiheit und Frieden, Humanität, Solidarität und Weltoffenheit ins Zentrum stellt. Unser Ziel für die Europawahl 2019 ist es, das bisher beste grüne Ergebnis bei bundesweiten Wahlen zu erreichen, um wieder eine starke und gesamteuropäische Grüne Fraktion in Brüssel zu stellen. Dafür werden wir auf einer BDK bis Ende 2018 ein zukunftsorientiertes Europawahlprogramm beschließen (mit den gleichen Antragsfristen wie bei der letzten Bundestags- und Europawahl) und eine schlagkräftige Liste aufstellen. Dazu wollen wir auf europäischer Ebene mit einem Programm der European Green Party und europäischen Spitzenkandidat*innen in einer grün-europäischen Kampagne einen klar

proeuropäischen Wahlkampf führen. Wir wollen für ein besseres Europa kämpfen - an der Seite von progressiven Bewegungen und über die Landesgrenzen hinweg. Wir sind die Europapartei.

Demokratie stärken, Rechtsextremismus bekämpfen

In einem breiten Bündnis gegen Rechts stehen wir an der Seite der Zivilgesellschaft, mit der wir zusammen gegen Rechtsextremismus und für eine freiheitliche, plurale, demokratische und weltoffene Gesellschaft streiten. Antisemitismus in all seinen Erscheinungsformen und anderen Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit treten wir entschieden entgegen. Gewalt als Mittel der politischen Auseinandersetzung lehnen wir ab.

Die Grüne Rechtsextremismuskommission des Bundesvorstandes wird auch in den kommenden Jahren zusammen mit grünen Rechtsextremismusexpert*innen aus Bund und Ländern, der Wissenschaft und Zivilgesellschaft Strategien gegen Rechts erarbeiten und evaluieren.

Das Ziel der extremen Rechten ist es nicht, am demokratischen Diskurs teilzunehmen. Ganz im Gegenteil versuchen sie demokratische Prozesse grundsätzlich in Frage zu stellen mit dem Ziel, die Gesellschaft autoritär und völkisch zu gestalten. Dem werden wir uns an allen Orten und zu jeder Zeit klar entgegen stellen. Wir fordern alle Parteien zu einer klaren Grenzziehung zu antidemokratischen Kräften und einer Ablehnung rechtsextremer Rhetorik auf. Mit Schulungen, Seminaren und konkreten Handreichungen wollen wir unsere Mitglieder fortbilden, damit sie gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit, Antisemitismus und rechtsextreme Narrative erkennen und dagegen halten können. Auch die zahlreichen zivilgesellschaftlichen Institutionen in diesem Bereich verdienen staatliche und politische Unterstützung und Anerkennung. Jeglichen staatlichen Generalverdacht und Druck gegen zivilgesellschaftliche Akteure, etwa anlasslose Überwachungen durch den Verfassungsschutz, lehnen wir ab.

Programmatik neu vermessen und Beteiligung stärken

Für uns als Partei steht 2020 der 40. Geburtstag an. Auf der BDK im November 2016 haben wir beschlossen, dass wir aus diesem Anlass ein neues Grundsatzprogramm erarbeiten und unsere Beteiligungsmöglichkeiten durch die Chancen von Digitalisierung ausweiten. Unser aktuelles Grundsatzprogramm „Die Zukunft ist Grün“ hat uns gute Dienste geleistet. Aber seit dem Beschluss im Jahr 2002 hat sich die Welt weitergedreht. Die Digitalisierung und Automatisierung stellt unsere Gesellschaften vor neue Herausforderungen und bietet gleichzeitig neue Chancen. Der gesellschaftliche Zusammenhalt ist brüchiger geworden, während die Globalisierung die Welt näher zusammenwachsen hat lassen. Die Klimakrise und das Artensterben haben sich beschleunigt. Die globalen Machtverhältnisse haben sich verändert. Europa steht vor neuen Aufgaben. Für uns gilt es, unsere grünen Antworten auf diese Herausforderungen anzupassen und mit neuen Visionen zu begeistern.

Im Prozess zum Grundsatzproramm werden wir alle Ebenen der Partei einbinden und die Beteiligungsmöglichkeiten deutlich ausweiten. Zur Steuerung und Koordinierung des Prozesses bitten wir den Bundesvorstand, eine Grundsatzkommission einzusetzen. Der Startschuss für die Erarbeitung soll in der ersten Jahreshälfte 2018 gegeben werden. Die Mitglieder, die Landesverbände und Bundesarbeitsgemeinschaften sollen in zwei Diskussionsphasen eingebunden

werden. Der gesamte Prozess soll durch einen online-gestützten Beteiligungsprozess begleitet werden. Dabei sollen mit inhaltlichen Mitgliederbefragungen und elektronischen Mitgliederbegehren neue Wege der Beteiligung gegangen werden. Wir werden dabei auf die gleichberechtigte Beteiligung von Frauen achten. Als Bewegungspartei wollen wir auch unsere Bündnispartner in den Prozess einbeziehen und uns mit ihren Forderungen auseinandersetzen.

BESCHLUSS

Beiträge der Mandatsträger*innen an den Bundesverband

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

Außerordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
26. - 27. Januar 2018, Hannover

Gremium:	Bundesdelegiertenkonferenz
Beschlussdatum:	27.01.2018
Tagesordnungspunkt:	H Haushalt

Die Bundespartei macht von ihrem durch das Parteiengesetz formulierten und in der Bundessatzung hinterlegten Recht Gebrauch, Mandatsträger*innen-Beiträge von ihren Mandatsträger*innen und Inhaber*innen von Regierungsämtern auf Bundes- und Europaebene zu erheben.

1. Mandatsträger*innen-Beiträge werden von den Abgeordneten des Deutschen Bundestages und des Europaparlaments, von Mitgliedern der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und EU-Kommissar*innen, von Parlamentarischen Staatssekretär*innen und Staatssekretär*innen sowie Präsdent*innen und Vizepräsident*innen des Deutschen Bundestages bzw. des EU-Parlamentes erhoben.

2. Bemessungsgrundlage für die Ermittlung der Mandatsträger*innen-Beiträge sind die jeweiligen Diäten, die Abgeordnetenentschädigungen bzw. Besoldungsbeträge.

3. Die Höhe des Mandatsträger*innen-Beitrages beträgt grundsätzlich 19% der Bemessungsgrundlage.

4. Je kindergeldberechtigendem Kind können 250,00 € pro Monate in Abzug gebracht werden.

5. Unterhaltsverpflichtungen bzw. tatsächliche Unterhaltsleistungen können ebenfalls abgezogen werden. Darüber entscheidet bei Bundestagsabgeordneten der/die Bundesschatzmeister*in mit einem Mitglied des geschäftsführenden Fraktionsvorstandes, bei Europaabgeordneten der/die Bundesschatzmeister*in mit einer/m Vertreter*in der Europagruppe DIE GRÜNEN. Für andere Beitragsverpflichtete gilt diese Zuständigkeitsregelung entsprechend.

6. Ist eine beitragspflichtige Person gleichzeitig Mitglied des Bundesvorstandes von BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN, bezieht sie nach der Finanzordnung des Bundesvorstandes keine Vergütung von der Partei. Als Ausgleich für die Doppelbelastung werden in diesen Fällen keine Mandatsträger*innen-Beiträge erhoben.

7. Die endgültige Höhe der abzuführenden Beiträge ergibt sich nach Berücksichtigung der Regelungen der Absätze 3) bis 6).

8. Die Erhebung der Beträge nach Absatz 7) erfolgt grundsätzlich durch die Bundespartei. Davon ausgenommen sind die Beiträge der Mitglieder des Deutschen Bundestages (MdB).

Diese werden von den jeweiligen Landesverbänden von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erhoben.

9. Von den Beiträgen der MdB nach Absatz 7), die an die Landesverbände abgeführt werden,
erhält die Bundespartei 73 % pro MdB und Monat. Dies gilt nur für MdBs ohne Regierungsamt.

BESCHLUSS

Mitgliedschaft im Bundesvorstand und Mandat

Außerordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
26. - 27. Januar 2018, Hannover

Gremium:	Bundesdelegiertenkonferenz
Beschlussdatum:	27.01.2018
Tagesordnungspunkt:	S Satzung

§ 15 Abs. 4 der Satzung des Bundesverbandes Bündnis 90/Die Grünen wird zur Konkretisierung um einen Satz 3 erweitert, der wie folgt lautet: „Werden in Satz 2 bezeichnete Personen in den Bundesvorstand gewählt oder erlangen Mitglieder des Bundesvorstandes ein solches Amt, so haben sie eines der Ämter in einer Übergangsfrist von acht Monaten niederzulegen.“

BESCHLUSS

Fortführung des Fonds zur Unterstützung von Wahlkämpfen („Solifonds“)

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

Außerordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
26. - 27. Januar 2018, Hannover

Gremium:	Bundesdelegiertenkonferenz
Beschlussdatum:	27.01.2018
Tagesordnungspunkt:	H Haushalt

1. Der 2010 durch BDK-Beschluss eingerichtete Fonds zur Unterstützung von Wahlkämpfen und Volksentscheiden („Solifonds“) hat sich bewährt und wird weitergeführt.

2. Der Solifonds speist sich aus einem Anteil von 2% an den staatlichen Mitteln, die vom Bundesverband an die Landesverbände ausgeschüttet werden.

3. Die Verwaltung des Solifonds erfolgt durch das in der Satzung dafür vorgesehene Gremium; es wird ein jährlicher Bericht über die Verwendung der Mittel vorgelegt.

4. Der Fonds wird vom Bundesverband buchhalterisch verwaltet und als eigener Posten in seinem Jahresabschluss ausgewiesen. Dies gilt für alle Zweige dieses Fonds (zur Zeit: Weiterbildungsfonds).

5. Anträge für die Unterstützung können von Landesverbänden und dem Bundesverband in folgenden Fällen gestellt werden:
    1. für Wahlkämpfe von Landesverbänden ohne Landtagsfraktion
    2. für Wahlkämpfe von anderen Landesverbänden in begründen Ausnahmenfällen
    3. für Volksentscheide auf Landesebene, wenn diese eine hinreichende Erfolgsaussicht und eine bundesweite Bedeutung haben
    4. zur einmaligen Unterstützung beim Erhalt wichtiger Strukturen in Landesverbänden ohne Landtagsfraktion
    5. zur einmaligen Finanzierung oder Co-Finanzierung von Projekten, die der Partei zur Vorbereitung und Unterstützung in Wahlkämpfen dienen.

6. Das in der Satzung dafür vorgesehene Gremium entscheidet über Anträge nach Vorlage einer aktuellen mittelfristigen Finanzplanung inklusive

(Wahlkampf-)Haushaltsplanung der zu unterstützenden Gliederung.

7. Das in der Satzung dafür vorgesehene Gremium entscheidet, ob und in welcher Höhe ein Teil der Unterstützung als Darlehen gewährt wird.

8. Der Solifonds, sowie seine Verwaltungs- und Vergabeverfahren werden nach fünf Jahren evaluiert und für die BDK ausgewertet.

9. Aus diesem Solifonds sollen wie von der BDK 2014 beschlossen weiterhin jährlich 85.000 Euro in den Weiterbildungsfonds zugeführt werden. Zur Aufteilung und Kontrolle dieser Mittel ist das in der Satzung dafür vorgesehene Gremium zuständig.

10. Der Bundesfinanzrat wird beauftragt, den Verteilungsschlüssel für die staatliche Grundfinanzierung zwischen Bundesverband und Landesverbänden sowie zwischen den Landesverbänden bis zur BDK 2019 zu evaluieren und so ausrichten, dass überall auf Landesebene die Finanzierung einer Grundstruktur möglich ist. Die regelmäßigen Anträge von Ost-Landesverbänden an den Solifonds deuten darauf hin, dass es hier strukturelle Probleme gibt, die zügig angegangen werden sollten.